



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TELEFON: 73041, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER NACHDRUCK NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESER NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

8. August

15/78

Bebauung in Wechloy entschieden

In zweitägiger Sitzung ist der städtebauliche Wettbewerb für den Hochschulausbau auf dem Standort Wechloy entschieden worden. Das Preisgericht, das sich aus Vertretern des Wissenschaftsministeriums, der Universität Oldenburg, des Staatshochbauamtes, der Bezirksregierung und der Stadt Oldenburg zusammensetzte, empfahl dem Land Niedersachsen einstimmig der Konzeption einer Architektengruppe aus Hannover zu folgen. Die Konzeption sieht lediglich eine maximal dreigeschossige Bauweise vor und verteilt die gesamten Komplexe auf ein Gebiet in der Größenordnung der Innenstadt von Oldenburg. Maßgebend für die Entscheidung des Preisgerichtes war u.a., daß mit dieser Konzeption dem Landschaftsschutz optimal Rechnung getragen wird. Mit dem Bau auf dem Standort Wechloy soll Anfang 1979 begonnen werden. Ausführlich wird das uni-info zu Beginn des Wintersemesters über die Planungen berichten.

Gleichstellung gefordert

Die Gleichstellung der Studenten des 3. Studienabschnitts mit Referendaren der Zweiphasigen Lehrerbildung hat der Fachbereichsrat III in einer Stellungnahme gefordert. Er kritisierte damit einen Erlass des Kultusministeriums, wonach ELAB-Studenten des 3. Studienabschnitts kein volles Stimmrecht in den Gesamtkonferenzen haben sollen.

Zulassungszahlen per Semester

Die Universität wird künftig die Zulassungszahlen für Studenten nicht mehr für ein Studienjahr, sondern nur noch per Semester festlegen. Das beschloß der Senat auf seiner letzten Sitzung.

Blankertz zieht Bewerbung zurück

»Mein Engagement für Reformpolitik schließt eine Berufungsfähigkeit in Niedersachsen offensichtlich aus«

Der Skandal um die Nichtberufung eines der renommiertesten Erziehungswissenschaftler der Bundesrepublik, des Münsteraner Professors Herwig Blankertz, hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. In einem Schreiben an den Rektor der Universität zog Blankertz jetzt Konsequenzen aus dem Verhalten der Landesregierung, die seine Berufung auf die H-4-Professur »Theorie der beruflichen Bildung in der Sekundarstufe II« seit nun fast einem Jahr offensichtlich bewußt verzögert: Blankertz zog seine Bewerbung zurück. Wörtlich schrieb er dazu: »Mein Engagement für die Reformpolitik der Bundesregierung und die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen schließt eine Berufungsfähigkeit für das Land Niedersachsen offensichtlich aus.«

Doch die Angelegenheit wird nicht beendet sein. U.a. ist mit einem parlamentarischen Nachspiel zu rechnen. Aus Kreisen der SPD wurde bekannt, daß sie im Landtag eine Anfrage an den Wissenschaftsminister richten will, um die Landesregierung zu zwingen, ihre wahren Gründe für die ungewöhnliche Verzögerung zu benennen. Bisher ließ sie auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung lediglich erklären, es sei ganz normal, daß sich Entscheidungen über Berufungen solange hinauszögen, da die Qualität der Berufungsvorschläge der Universitäten geprüft werden müßten und zudem die Verhandlungen mit den Professoren über ihre Arbeitsbedingungen oft lange Zeit in Anspruch nehmen würden.

Beide »Begründungen« stechen nicht. Tatsächlich hat das Ministerium nie Kontakt mit Blankertz aufgenommen. Und was die Überprüfung seiner »Qualität« betrifft, so darf eine solche Äußerung wohl lediglich als schlechter Scherz bezeichnet werden.

Blankertz besetzte bereits 1964 einen Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der FU Berlin und erhielt danach einen Ruf als ordentlicher Professor für Pädagogik und Philosophie an der Universität Münster, wo er heute einer der Direktoren des Erziehungswissenschaftlichen Instituts ist. Seit 1972 leitet Blankertz im Auftrage der nordrhein-westfälischen Landesregierung die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs Kolleg-

stufe. Seine zahlreichen Veröffentlichungen sind zudem weit über den Kreis der Erziehungswissenschaftler hinaus bekannt geworden. Zu seinen bekanntesten Veröffentlichungen gehört das inzwischen in 9. Auflage erschienene deutschsprachige Standardwerk der Didaktik »Theorien und Modelle der Didaktik«.

Für die Universität war die Bewerbung eines Wissenschaftlers von hohem internationalen Rang von großer Bedeutung.

Ein Hochschullehrer: »Niemand dachte im Traum daran, daß es bei der Berufung Schwierigkeiten geben könne«. Als aber fünf Monate nach Einreichung der Berufungsliste das Ministerium noch immer nicht reagierte hatte und Blankertz erklärte, er müsse nun wissen, ob er an die Hochschule berufen werde, hielten einige Hochschullehrer und auch das Rektorat nach und erhielten nur ausweichende Antworten. Und offensichtlich zu Recht schloß die Hochschule daraus, das Ministerium betreibe seine Verzögerungspolitik bewußt, um den sozialdemokratischen Erziehungswissenschaftler auf diese Weise loszuwerden. Anfang Juni wandte sich die Universität in einer Presserklärung an die Öffentlichkeit, in der es hieß: »Es kann nicht hingenommen werden, daß ein Minister der Universität öffentlich vorhält, sie schlage für Berufungen nach Oldenburg zu selten hochqualifizierte Bewerber vor, wenn er

Fortsetzung Seite 2

Fernerkundung von Gewässerflächen

DFG fördert neues Projekt von Naturwissenschaftlern

70.000 DM stellte die Deutsche Forschungsgemeinschaft jetzt dem Forschungsvorhaben »Fernerkundung von Gewässerflächen mit Laserfluoreszenzspektroskopie« an der Universität in Oldenburg für ein Jahr als Personal- und Sachhilfe zur Verfügung.

Die interdisziplinäre Forschungsgruppe, die seit etwa anderthalb Jahren an ihrem Projekt arbeitet, hat sich zum Ziel gesetzt, neue Verfahren zunächst für den Nachweis von Ölen und Algen an der Meeresoberfläche zu entwickeln.

Bei dem Verfahren werden mit Hilfe von Lasern intensive Lichtimpulse einer bestimmten Farbe erzeugt und auf die Wasseroberfläche gestrahlt. Das Chlorophyll, der grüne Farbstoff der Algen, oder Öle nehmen einen Teil des Lichtes auf und geben dann Licht einer anderen Farbe wieder ab. Dieses Fluoreszenzlicht wird mit Hilfe eines optischen Teleskopsystems - ähnlich einem astronomischen Fernrohr - im Flugzeug empfangen und elektronisch nachgewiesen. Aus der Stärke des Lichtsignals

kann schließlich auf die Konzentration der zu untersuchenden Stoffe im Oberflächenbereich der Gewässer geschlossen werden.

Bisher wurden Gewässeruntersuchungen im wesentlichen durch Forschungsschiffe oder Meßbojen vorbereitet. Dieser Weg gestattet zwar eine sehr genaue Erfassung der Gewässerdaten, hat aber den Nachteil, daß kurzfristig nur relativ kleine Meeresbereiche untersucht werden können.

Das System, an dem in Oldenburg gearbeitet wird, stellt demgegenüber ein Fernerkundungssystem dar, das es gestattet, über weite Entfernungen wichtige Größen zu messen. Die Meßsysteme werden dazu in Flugzeugen installiert, so daß große Wasserflächen in relativ kurzer Zeit untersucht werden können.

Bei ihren Überlegungen ging die Gruppe davon aus, daß die Gewässer insbesondere im Küstenbereich durch Schadstoffe und durch Wärmezufuhr von Kraftwerken immer mehr bedroht werden, andererseits aber die Bedeutung der Meere als Nahrungs- und Rohstofflie-

ferant immer mehr an Bedeutung gewinnt. Besonders der Nachweis von Ölen und Algen erlaubt daher einen Rückschluß auf den Zustand des Meeres. Diese Situation macht eine intensive Meeresforschung notwendig. Unabhängiger Teil dieser Forschung ist die genaue und großräumige Erfassung des Gewässerzustandes. Im Bereich der Ölbelastung und der Produktion biologischen Materials soll das Verfahren der Oldenburger Gruppe Anwendung finden.

Blankertz zieht Bewerbung zurück

Fortsetzung von Seite 1

selbst solche Berufungen bewußt verhindert... Angesichts der Reputation des Bewerbers muß die Verzögerung der Berufung als der extremste Fall der Behinderung eines ordentlichen Studiums und eines qualifizierten Ausbaus der Universität gedeutet werden.

Daß Blankertz auch wirklich vorhatte, nach Oldenburg zu kommen, machte er in seinem jetzigen Schreiben an den Rektor noch einmal klar. »Allerdings«, so heißt es in dem Schreiben weiter, »habe ich von Anfang an darauf hingewiesen, daß diese meine Bereitschaft nicht unbegrenzt bestehen könne. Denn nach einer sechsjährigen weitgehenden Beurlaubung von den Pflichten an der Universität Münster zum Zwecke der Leitung der wissenschaftlichen Begleitung des nordrhein-westfälischen Kollegschulversuchs mußte ich im Frühjahr 1978 - also über ein Jahr nach meiner Bewerbung in Oldenburg - personelle und sachliche Entscheidungen für die volle Wiederaufnahme meiner Tätigkeit als Mitdirektor des Instituts für Erziehungswissenschaften der Universität Münster ... Diese Entscheidungen binden mich zwar nicht rechtlich, wohl aber moralisch... Die fragliche Entscheidung habe ich mehrfach verschoben, um die Option für Oldenburg offenzuhalten. Inzwischen war das nicht länger möglich. Nach privaten Informationen, die ich aus Hannover habe, ist auch ohnehin nicht mehr mit einer Berufung nach Oldenburg zu rechnen.«

Der stellvertretende Rektor der Universität, Professor Friedrich W. Busch, erklärte gegenüber dem Ministerium zu dem Schreiben Blankertz, der Minister müsse sich jetzt und zu gegebener Zeit die Frage gefallen lassen und beantworten, warum ein so angesehener Wissenschaftler, in der Reformpolitik der Bundesregierung und des Landes Nordrhein-Westfalen erfahren und erfolgreich, nicht an eine niedersächsische Hochschule berufen werde.

60 von 82 Stellen für die Naturwissenschaften

Mit einem erheblichen personellen Ausbau der Naturwissenschaften kann die Universität Oldenburg im nächsten Jahr rechnen. Nach den jetzigen Plänen des Ministeriums soll die Hochschule insgesamt 82 Stellen erhalten, davon nicht weniger als 60 für die Naturwissenschaften. Für den überraschenden Stellenboom sorgten nicht zuletzt die auswärtigen Gutachter, die sich für einen Ausbau aller naturwissenschaftlichen Studiengänge der Universität ausgesprochen hatten.

Trotz der erfreulichen Meldung bereiten die Pläne des Ministeriums in der Universität erhebliches Kopfzerbrechen, denn der Ausbau der Naturwissenschaften soll zum Teil auf Kosten anderer Fächer bzw. Dienstleistungen gehen. So sollen den neuen naturwissenschaftlichen Stellen elf Schreibkraftstellen zum Opfer fallen, obwohl der Mangel gerade an Sekretärinnen katastrophal ist. Nicht selten müssen sich heute schon 20 Hochschullehrer die Dienste einer Schreibkraft teilen. Weiter sehen die Pläne des Ministeriums ein Nullwachstum der Stellen im Bereich der Germanistik und Kunst vor - also jenen Studiengängen, die sich schon jetzt nicht in der Lage sehen, Studenten adäquat auszubilden. Dem Rotstift zugunsten der Naturwissenschaften fielen u. a. auch Stellen für einen zusätzlichen Studienberater sowie eine Professur für Agrarsoziologie zum Opfer.

Ursprünglich hatte die Hochschule nur mit 48 neuen Stellen im Jahre 1979 rechnen können. Einen entsprechenden Prioritätenkatalog, der alle Bereiche der Hochschule berücksichtigen sollte, hatte sie Ende vergangenen Jahres vorgelegt. Vor einigen Wochen signalisierte das Ministerium dann, daß voraussichtlich weitere 14 naturwissenschaftliche Stellen dem Fachbereich IV zugewiesen würden. Nachdem die Entscheidung über den lange Zeit in Frage gestandenen Ausbau des Studiengangs Physik gefallen war, forderte vor kurzem das Ministerium den Fachbereich IV auf, die Denominationen für 20 weitere Physikstellen anzufertigen. Außerdem sollten insgesamt aus dem 48er-Prioritätenkatalog 20 Stellen, die eigentlich für andere Bereiche vorgesehen waren, für die Naturwissenschaften umgewandelt werden. Kann das Ministerium seine Pläne verwirklichen, so wird die Universität Oldenburg von den insgesamt 200 Stellen, die im Haushaltsjahr 1979 den niedersächsischen Hochschulen zur Verfügung gestellt werden sollen, 41 Prozent erhalten.

In einer Stellungnahme erklärte der stellvertretende Rektor der Universität Oldenburg, Professor Friedrich W. Busch, es sei zwar erfreulich, daß die Universität mehr Stellen erhalte als ursprünglich angenommen. Jedoch müsse darauf hingewiesen werden, daß im Hinblick auf die Studentenzahlen jährlich 150 Stellen während der Ausbauphase zur Verfügung gestellt werden müßten. Außerdem würde die Universität durch die einseitige Aufstockung der naturwissenschaftlichen Stellen an einem organischen Aufbau gehindert. Auch müsse man sich fragen, wie die neuen Hochschullehrer arbeiten sollten, wenn bestimmte Dienstleistungsbereiche - wie zum Beispiel der Schreibdienst - in einer so eklatanten Weise vernachlässigt würden.

Der Fachbereich III teilt mit, daß für die Akademischen Räte Prodosh Aich, Ilse Dröge-Modelmog, Rainer Fabian, Günther Ortman und Jens Windeberg Habilitationsverfahren eingeleitet wurden.

Habilitationen

Der Fachbereich III teilt mit, daß für die Akademischen Räte Prodosh Aich, Ilse Dröge-Modelmog, Rainer Fabian, Günther Ortman und Jens Windeberg Habilitationsverfahren eingeleitet wurden.

Studienplätze werden zu eng

Trotz der voraussichtlichen Auslagerung des Studienganges Mathematik in ein angemietetes Haus in der Bernhardstraße sollen Lehrveranstaltungen des Faches »in der Regel« in den Universitätsgebäuden stattfinden. Auf diese Formel einigte sich der Senat und kam damit zumindest teilweise den Forderungen des Fachbereiches IV nach.

Zugleich verdeutlicht dieser »Umzug«, daß die Universität insgesamt unter einem Raummangel leidet, der die Lehr- und Lernbedingungen erheblich beeinträchtigt: Zur Zeit teilen sich etwa 4000 Studenten rund 2450 flächenbezogene Studienplätze, die sich als eine rechnerische Größe aus verschiedenen Flächenanteilen derjenigen Einrichtungen zusammensetzen, die ein Student in seinem Studienfach benötigt. Diese flächenbezogenen Studienplätze, die von den personenbezogenen Studienplätzen mit ihrer Relation aus Personalkapazität des Wissenschaftsbetriebs und Zulassungszahlen zu unterscheiden sind, gehen somit auch von unterschiedlichen Größen in den einzelnen Fächern aus.

Nach dem Willen der Landesregierung sollen bis 1985 insgesamt 6800 flächenbezogene Studienplätze vorhanden sein. Hierzu bedarf es aber noch umfassender Baumaßnahmen, die - in Einzelmaßnahmen zerlegt - in jährlichen Rahmenplänen zur Bezuschussung durch den Bund nach dem Hochschulbauförderungsgesetz angemeldet werden. Durch Verträge zwischen dem Land Niedersachsen und der Niedersächsischen Hochschulbaugesellschaft

Heisenberg-Programm

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft vergibt im Jahre 1978 sowie in den folgenden vier Jahren aus Mitteln des Bundes und der Länder bis zu 150 Stipendien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler im Rahmen des Heisenberg-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Bewerber müssen durch herausragende wissenschaftliche Leistungen ausgewiesen und habilitiert oder gleichwertig qualifiziert sein. Sie sollen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und in der Regel nicht älter als 33 Jahre sein; fachliche Erfordernisse und besondere Umstände des Einzelfalles können Ausnahmen rechtfertigen. Die Fünfjahresstipendien sollen gewährleisten, daß das mittlere Nettoeinkommen, der Stipendiaten etwa einer Besoldung nach der Besoldungsgruppe H 2 entspricht.

Ein Informationsblatt, das nähere Einzelheiten enthält und die für eine Bewerbung erforderlichen Unterlagen aufführt, kann bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft angefordert werden.

Informationen erteilt das Heisenberg-Referat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221 - 87 2663.

Junge Wissenschaftler zu Auslandsaufenthalten ermuntert

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, hat die jungen Wissenschaftler und Ingenieure ermuntert, sich mehr als bisher an den gemeinschaftlichen Forschungsarbeiten der Europäischen Gemeinschaften zu beteiligen. Bisher machen Studenten, jüngere Assistenten und Hochschullehrer noch verhältnismäßig wenig von der Möglichkeit Gebrauch, einige Zeit in einem anderen Land der Gemeinschaft an gemeinsamen europäischen Projekten mitzuarbeiten.

Die Stipendien, die zur Abfassung einer Diplomarbeit, zur Vorbereitung einer Dissertation oder für eine Spezialisierung oder wissenschaftliche Fortbildung auf einem bestimmten Fachgebiet genutzt werden können, werden für ein bis zwei Jahre, im Ausnahmefall auch für drei Jahre, vergeben.

Die Liste der Forschungsprogramme enthält unter anderem die Gebiete Energieforschung, Umweltschutz- und Rohstoffforschung, Strahlenschutz und nukleare Sicherheit. Genauere Unterlagen kann man beim Referat Wissenschaftlich-Technische Ausbildung der Generaldirektion Forschung, Wissenschaft und Bildung der Kommission der EG, Rue de la Loi, 200, B-1049 Brüssel (Belgien) an-

fordern; Merkblätter zur Vororientierung sind auch beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Referat Forschungsförderung, zu erhalten.

Deutschen Wissenschaftlern, die nach einem mehrjährigen Aufenthalt im Ausland in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren wollen, kann die Deutsche Forschungsgemeinschaft Beihilfen gewähren, mit denen die Wiedereingliederung in den Wissenschaftsbetrieb erleichtert werden sollen. Die Rückkehr-Beihilfen bestehen in der Bereitstellung von Mitteln für den Lebensunterhalt des zurückkehrenden Wissenschaftlers. Sie sollen u. a. dazu beitragen, die Bereitschaft jüngerer Wissenschaftler zu steigern, sich für eine wissenschaftlich orientierte Tätigkeit im Ausland, speziell auch in Entwicklungsländern, zur Verfügung zu stellen.

Antragsberechtigt ist jeder deutsche Wissenschaftler, der nach Abschluß seiner Ausbildung mindestens zwei Jahre im Rahmen nationaler oder internationaler Organisationen oder Programme im Ausland tätig war. Der Antragsteller muß bereit sein, während der Inanspruchnahme der Rückkehr-Beihilfe eine wissenschaftliche Tätigkeit auszuüben. Der Antrag kann auch vom Leiter einer Einrichtung gestellt werden, die bereit ist, einen antragsberechtigten Wissenschaftler bei sich aufzunehmen.

wird die Voraussetzung für die Durchführung dieser Einzelbaumaßnahmen sichergestellt.

Im März dieses Jahres wurde der zweite Vertrag, der alle Baumaßnahmen des 7. Rahmenplanes mit einem Finanzvolumen von 322 Millionen DM umfaßt, abgeschlossen. Die zeitliche Realisierung der wichtigsten in diesem Vertrag enthaltenen Baumaßnahmen sieht nach dem Stand der Entwicklung folgendermaßen aus:

- Bau der Bibliothek, der Mensa und des 1. Bauabschnittes der Sportanlagen (alles gleichzeitig am Standort Uhlhornsweg) etwa ab Mitte 1979 bis Ende 1981/Mitte 1982.
- Bau der Naturwissenschaften/Mathematik 1. Bauabschnitt (am Standort Wechloy) in einer Größenordnung von 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen etwa ab Mitte 1979 bis Ende 1981.
- Bau des 2. Bauabschnittes der Naturwissenschaften/Mathematik ebenfalls in Wechloy etwa ab Ende 1979 bis Mitte 1982 in einer Größenordnung von 667 flächenbezogenen Studienplätzen.

Mittel für Not-/Schnellbaumaßnahmen
Fortsetzung Seite 4

Studienplätze werden zu eng

Fortsetzung von Seite 3

sind in den Rahmenplänen nicht enthalten. Durch den Bau der Zentralbibliothek und der Sportanlagen werden gleichzeitig flächenbezogene Studienplätze für Geisteswissenschaften geschaffen, da in beiden Fällen in den Baumaßnahmen Flächenanteile von Fächern, die den Geisteswissenschaften zugeordnet werden, enthalten sind. Hierdurch entstehen 930 flächenbezogene Studienplätze für Geisteswissenschaften. Dabei entstehen auch noch 63 flächenbezogene Studienplätze für Naturwissenschaften.

Mit den zur Zeit vorhandenen flächenbezogenen Studienplätzen würden nach Fertigstellung dieser Maßnahmen insgesamt 4.770 Studienplätze zur Verfügung stehen:

- für Geisteswissenschaften 2.556
- für Naturwissenschaften/
Mathematik 2.214

Zur selben Zeit ist mit ca. 6.000 Studenten zu rechnen. Für die Baumaßnahme Bibliothek/Mensa/Sport ist die Fläche westlich des Uhlhornsweges am provisorischen Parkplatz vorgesehen. Diesseits des Uhlhornsweges steht nur noch die Fläche nördlich vom AVZ frei, die als Ersatzfläche für den entfallenden Parkplatz vorgesehen war. Wenn diese Fläche für die Unterbringung von Parkplätzen entfällt, wird die Universität in große Verhandlungsschwierigkeiten mit der Stadt geraten, da die Stadt als genehmigende Behörde die Zahl der Parkplätze fordert. Es bleiben für Notbaumaßnahmen auf den Standorten der Universität nur die Grünflächen zwischen den alten PH-Gebäuden und der Sportplatz.

Der 1. und 2. Bauabschnitt für die Naturwissenschaften ist am Standort Wechloy vorgesehen. Für die Anordnung der Bebauung ist am 21./22. Juli 1978 ein städtebaulicher Wettbewerb entschieden worden. Danach kann man festlegen, wo und in welchem Umfang Flächen für Notbaumaßnahmen zur Disposition stehen. Wenn diese Maßnahmen beim Land durchzusetzen sind, bestehen für deren Errichtung am Standort Wechloy die günstigsten Voraussetzungen.

Die zur Anmietung von Privatobjekten abgeschlossenen Verträge, sind alle so angelegt, daß sie spätestens 1983 (Bernhardstraße) auslaufen, die meisten Verträge laufen 1980 aus. Die notwendigen Auslagerungen sind also alle nur auf eine Übergangszeit angelegt. Durch eine teilweise Übernahme bereits fertiggestellter Bauteile ab 1980/81, können die ausgelagerten Abteilungen schrittweise wieder in den Universitätsbereich zurückverlagert werden.

Alexander Kleinloh

Verlängerung von Assistentenstellen

Mindestens ein halbes Jahr vor dem Auslaufen ihrer Verträge sollten Assistenten Anträge auf Verlängerung stellen - und zwar nicht, wie bisher, beim Minister, sondern beim Rektor der Universität. Wie das Rektorat dazu erklärte, ändere sich damit nichts an den Zuständigkeiten, jedoch könne man künftig auf eine schnelle Bearbeitung im Ministerium hoffen. Zum Verfahren: Nach Antragstellung muß der Fachbereich der Verlängerung zustimmen. Anschließend informiert der Rektor das Ministerium und bittet um Zustimmung.

Dissertation liegt aus

Die Dissertation von Heidi Knake und Dieter Brühl mit dem Titel »Eltern und Schule - Eine Untersuchung der gesellschaftlichen und binnenstrukturellen Bestimmungsfaktoren der Familie als Determinanten der Beziehungen der Eltern zur Schule« und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 22. August 1978 in der Geschäftsstelle des Fachbereiches I zur Einsichtnahme durch das Hochschullehrer aus.

Cafeteria ab September geöffnet

Wie das Studentenwerk Oldenburg mitteilt, nimmt die Cafeteria ihren Betrieb mit den üblichen Öffnungszeiten am 11. September 1978 um 9.00 Uhr wieder auf. Dadurch soll den Wünschen von Studierenden und Dienstleistern entsprochen werden.

Erhöhung abgelehnt

In einer Tagung der niedersächsischen AstA-Sozialreferenten in Oldenburg wurde die »Verordnung über die Festsetzung und Erhebung der Studentenwerksbeiträge« nach dem neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz einmütig abgelehnt. Besonders kritisiert wurde, daß durch die ministerielle Festsetzung der Beitragshöhe das studentische Mitbestimmungsrecht verloren gehe und zumal durch eine rückwirkende Erhebung der Sozialbeiträge von 20 DM nach § 4 der Verordnung eine unzumutbare finanzielle Belastung für die Studenten entstehe.

Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine

Dienstag, 12.9.1978, 17.00, VG 005.
Dr. Gottfried Mergner, Akademischer Oberrat im Fachbereich I, hält im Rahmen seiner Habilitation einen hochschulöffentlichen Vortrag zum Thema »Der Schulkonflikt von Bremen 1905-1911 als regionalgeschichtliche Bedingung für den Lernprozeß des Lehrers Johannes Knief. Darstellung regionalgeschichtliche Forschungsan-

Personalien

Buni Arnold, wissenschaftliche Angestellte in der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung, hat an der Universität Bremen über das Thema »Die ökonomische Struktur des Alters« promoviert.

Gerhold Hinrichs, Student Diplom Ökonomie und Mitglied des LHV, wurde vom Wissenschaftsminister aufgrund eines Vorschlages der Kultusministerkonferenz in die bundesweite Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften berufen.

Dr. Artur Ulmer, Wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich IV, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Hiltraud Schmidt-Waldherr, bisher Lehrbeauftragte an der TU Hannover, wurde mit der Verwaltung der Stelle eines Wissenschaftlichen Rats und Professors für das Fachgebiet »Ökonomie des privaten Haushalts« beauftragt.

Waltraud Wenke ist als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt worden.

Geräteverlust melden

Die Haushaltsabteilung weist alle Bediensteten darauf hin, Geräte, die ihnen zum Gebrauch überlassen wurden und verlustig gegangen sind, sofort der zuständigen Beschaffungsstelle zu melden.

Senatsvorlagen

Künftig werden Vorlagen für den Senat nur noch in die Tagesordnung aufgenommen, wenn sie ordnungsgemäß auf einem entsprechenden Formblatt mit Drucksachenummer vorliegen. Wie das Rektorat dazu mitteilte, sei diese Regelung wegen den zum Teil katastrophalen Vorlagen in den letzten Monaten und der damit verbundenen Mehrarbeit für das Gremienbüro und die Senatsmitglieder notwendig geworden. Besonders wies das Rektorat darauf hin, daß Beschlußtexte und ihre Begründung sorgfältig voneinander getrennt werden müßten.

sätze am Beispiel eines politischen Lernprozesses«.

Freitag, 15.9.1978, 17.00, VG 005.
Dr. Klaus Peter Walcher, Akademischer Rat im Fachbereich I, hält im Rahmen seiner Habilitation einen hochschulöffentlichen Vortrag zum Thema »Über die Strukturähnlichkeit des Wahrnehmens und Denkens«.